Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3765

Der Bundesminister des Innern
VI A 4 - 614 300 A 6

Bonn, den 14. Juli 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **„Gesamtdeutsches Arbeitergespräch" in Offenbach am 26. Juni 1965**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Wilhelmi, Dr. Kanka, Dr. Böhm (Frankfurt) und Genossen — Drucksache IV/3700 —**

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1.

Es trifft zu, daß am 26. Juni 1965 in Offenbach ein sogenanntes „Gesamtdeutsches Arbeitergespräch" stattgefunden hat.

Zu 2.

Die „Gesamtdeutschen Arbeitergespräche" werden vom sowjetzonalen FDGB in enger Zusammenarbeit mit der illegalen KPD durchgeführt. Dies war auch bei der Offenbacher Veranstaltung der Fall, wie sich aus der Vorgeschichte sowie aus der Vorbereitung und dem Verlauf der Veranstaltung ergibt.

a) *Vorgeschichte und Vorbereitung*

Seit 1963 versuchen KPD und FDGB, auch in der Bundesrepublik „Arbeitskonferenzen" nach dem Vorbild der regelmäßigen „Deutschen Arbeiterkonferenzen" in Leipzig zustande zu bringen. Es gelang den Kommunisten zum ersten Mal, diese Bemühungen am 20. Februar 1965 in Mannheim zu verwirklichen. Seitdem planen KPD und FDGB weitere Konferenzen dieser Art.

Das „Gesamtdeutsche Arbeitergespräch" in Offenbach fand mit Billigung und Unterstützung des FDGB-Bundesvorstandes statt. Veranstalter waren nach außen hin fünf Personen aus Offenbach und Umgebung. Bei der Vorbereitung und Durchführung trat insbesondere die frühere kommunistische Funktionärin Lena Heim in Erscheinung. Sie zeichnete verantwortlich für den Inhalt der Einladung vom 22. Mai 1965, die in Form eines Flugblattes verbreitet wurde. Sie nahm die Meldungen der Teilnehmer entgegen und leitete

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

die Versammlung. Frau Heim war bis zu deren Verbot Mitglied der KPD und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands sowie KPD-Stadtverordnete in Offenbach. 1960 war sie zur Kommunalwahl in Offenbach von der „Unabhängigen Sozialen Wählergruppe" aufgestellt worden, einer KPD-Ersatzorganisation, die zur Wahl nicht zugelassen wurde.

Das vorerwähnte Flugblatt wurde bei der Firma Hosch GmbH in Offenbach gedruckt. Der Hauptgesellschafter und Geschäftsführer dieser Firma Helmut Rödl war früher FDJ-Landessekretär in Hessen. Er ist Mitglied des DFU-Bundesvorstandes und DFU-Bundeskandidat.

Für die Veranstaltung wurde mehrfach im „Neuen Deutschland", in der FDGB-Zeitung „Tribüne" sowie im sowjetzonalen Rundfunk geworben.

b) Verlauf der Veranstaltung

Unter den etwa 150 Teilnehmern an der Konferenz befanden sich

25 Angehörige der illegalen KPD,

10 ehemalige Mitglieder der KPD und FDJ,

3 Angehörige kommunistischer Hilfsorganisationen,

3 Personen, die seit längerer Zeit mit dem FDGB zusammenarbeiten.

Aus der SBZ waren zwei Mitglieder des FDGB-Bundesvorstands mit weiteren FDGB-Funktionären aus Cottbus, Leipzig, Eisenach, Suhl und Weimar eingereist. Das FDGB-Bundesvorstandsmitglied Enke wurde in das „Präsidium" der Veranstaltung plaziert.

Im Verlauf der Versammlung traten als Redner auf

Karl Otto, aktives Mitglied der kommunistisch gesteuerten „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" und der DFU,

Albert Enke, 1. Vorsitzender des FDGB-Bezirksvorstandes Cottbus und Mitglied des FDGB-Bundesvorstandes.

Ferner sprachen 21 Personen zur Diskussion, unter ihnen befanden sich

8 FDGB-Funktionäre,

1 FDJ-Funktionär,

mindestens 5 aktive Kommunisten, von denen einer leitend im früheren Parteivorstand der KPD tätig war,

mindestens 2 Vertrauensleute des FDGB aus Hessen, davon ist einer Mitglied des vom FDGB geleiteten „Ständigen Ausschusses der Deutschen Arbeiterkonferenzen",

1 Funktionär des hessischen „Landfriedenskomitees".

In den Reden und Diskussionsbeiträgen wurden weitgehend kommunistische Tagesparolen übernommen, insbesondere die Zweistaatentheorie propagiert, eine Aktionseinheit des FDGB mit dem DGB gefordert und dem angeblich in der Bundesrepublik herrschenden Militarismus die „Friedens- und Verständigungsbereitschaft" der SBZ-Machthaber gegenübergestellt. Dies war auch der Inhalt einer bereits vor Beginn der Versammlung schriftlich fixierten, an den Bundesvorstand des DGB gerichteten „Entschließung".

Das Bundesverfassungsgericht hat die KPD am 17. August 1956 verboten und die Bildung von Ersatzorganisationen untersagt. Der FDGB ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs eine Ersatzorganisation der KPD.

Zu 3.

Der Bundesminister des Innern hatte den hessischen Minister des Innern mit Fernschreiben vom 22. und 25. Juni 1965 gebeten, die Veranstaltung als eine Aktion des kommunistischen FDGB zu unterbinden. Der hessische Minister des Innern hat dieser Bitte nicht entsprochen. Zwar waren ihm die Tatsachen bekannt, die schon im Stadium der Vorbereitung darauf hindeuteten, daß es sich um eine Veranstaltung des FDGB handelte, insbesondere die am 24. Juni 1965 erfolgte Einreise namhafter FDGB-Funktionäre. Er sah sich jedoch nicht zu einem Verbot in der Lage, da es sich nicht um eine öffentliche Versammlung handelte und die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 5 Nr. 1 des Versammlungsgesetzes nicht gegeben wären, weil nur eine der fünf als Veranstalter auftretenden Personen ehemaliges Mitglied der KPD gewesen sei.

Zu 4.

Das „Gesamtdeutsche Arbeitergespräch" in Offenbach wurde in der sowjetzonalen Presse als großer Erfolg gebucht. So bezeichnet es die Zeitung „Neues Deutschland" am 29. Juni 1965 als Ergebnis der Konferenz, „daß der DDR-Friedensplan ungeteilte Zustimmung gefunden hätte". Die Berichterstattung in der sowjetzonalen Presse hebt hervor, daß sich die Konferenz zu den kommunistischen Forderungen zustimmend geäußert habe.

Der FDGB-Funktionär Enke wurde nach einer Meldung des „Neuen Deutschland" vom 7. Juli 1965 mit dem „Vaterländischen Verdienstorden" ausgezeichnet.

Höcherl